

Christliche Demokratie und Katholische Soziallehre

REDE VON MINISTERPRÄSIDENT A.D. PROFESSOR DR. BERNHARD VOGEL VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, AN DER THEOLOGISCHE FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT OPPELN.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich freue mich besonders darüber, in Ihrer Diözese zu Gast zu sein, verehrter Erzbischof Nossol. Sie haben als einer der herausragenden Vermittler zwischen Deutschland und Polen immer wieder entscheidende Akzente gesetzt.

Es stimmt, was der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, erst vor einigen Tagen (während der Verleihung des rheinlandpfälzischen Verdienstordens) in Mainz über Ihr beispielgebendes Wirken gesagt hat:

„Schon früh hat Erzbischof Nossol Brücken der Verständigung und der Aussöhnung zwischen der deutschen Minderheit und der polnischen Mehrheit in der oberschlesischen Diözese gebaut und in hervorragender Weise zu einem versöhnten und fruchtbaren Zusammenleben von Polen und Deutschen beigetragen. Er hat in seiner eigenen Biografie die Zerrissenheiten und die Unversöhnlichkeit erlebt. Er hat vor allem zwischen unseren Ländern in einzigartiger Weise bei der Versöhnung mitgearbeitet und sie über den berühmten Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 hinaus in unsere Generation mit Leben erfüllt.“

Vor allem aber hat Bischof Nossol erheblich dazu beigetragen, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung schon sehr früh enge und vertrauensvolle Kontakte nach Polen knüpfen konnte.

Zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden Bruno Heck haben Sie, verehrter Herr Erzbischof, wichtige Grundlagen für unsere Zusammenarbeit gelegt. Grundlagen, die mit dem heutigen Thema in einem engen Zusammenhang stehen. Schon im Februar 1985 – also vor über 20 Jahren – haben wir in Sankt Augustin die erste deutsch-polnische Konferenz der Stiftung veranstaltet. Dabei ging es um die Sozialenzyklika Papst Johannes Pauls II. „Laborem Exercens“. Ein Jahr später fand im Gästehaus der Universität Lublin die 2. Konferenz zum Thema „Entwicklung und Subsidiarität. Deutsch-polnisches Gespräch über Wirtschaft und Gesellschaft im Lichte der christlichen Sozialethik“ statt. Ich habe mich deshalb auch sehr über das Thema gefreut, das Sie mir gestellt haben: Nicht nur weil die christliche Soziallehre in unseren beiden Ländern von brennender Aktualität ist, nicht nur weil wir nach den Regierungswechseln in Deutschland und in Polen neue Chancen und Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit haben, eine Zusammenarbeit auf dem stabilen Fundament der Werte, die für unsere Staaten konstituierend sind: der Würde der Person, der Achtung der Menschenrechte, von Rechtsstaat und Demokratie, von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

Ein Vortrag zu diesem Thema hat in Polen auch deshalb viel Sinn, weil es ein Pole war, der in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis in dieses Jahrhundert hinein die katholische Soziallehre weiterentwickelt

POLEN

BERNHARD VOGEL

März 2006

www.kas.de/polen

www.kas.de

und geprägt hat wie kaum ein anderer. Der unvergessene Papst Johannes-Paul II. hat nicht allein als „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl), als Impulsgeber für die friedlichen europäischen Revolutionen, als einer der wichtigsten Wegbereiter einer engen Solidarität zwischen west- und mitteleuropäischen Staaten gewirkt.

Er war es, der bei seiner Amtseinführung 1978 die entscheidenden Worte sprach, an die es sich ein Jahr nach seinem Tod zu erinnern lohnt: „Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts. Habt keine Angst!“ Visionäre Sätze, die aus heutiger Perspektive das Fanal für den Aufbruch zunächst der Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ und dann für die Freiheit der Völker Mitteleuropas waren. Er hat den Menschen Mittel- und Osteuropas ein tragfähiges Gedankengebäude für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung ihrer Länder an die Hand gegeben. Der sozialistischen Nomenklatura allerdings hat er – spätestens nach seinem ersten Besuch in seiner polnischen Heimat – mit eben diesem entschlossenen Vertreten der katholischen Soziallehre Schlaflosigkeit und Unruhe bereitet.

Mehr als 150 Jahre vorher – 1848, also in dem Jahr, in dem Karl Marx das „Kommunistische Manifest“ veröffentlichte – erkannte der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, wie überragend wichtig die Lösung der drängenden sozialen Fragen war: „Wollen wir die Zeit erkennen, so müssen wir die soziale Frage begreifen. Wer sie begreift, erkennt die Gegenwart, wer sie nicht begreift, dem ist die Gegenwart ungreiflich.“

Auch heute gilt: Die Kirche muss die Zeichen der Zeit erkennen und sich den realen Lebensverhältnissen der Menschen stellen und helfen, ihre Probleme zu lösen.

Das Christentum ist keine Religion, die den Himmel auf Erden verspricht. Leid und Schmerz sind Bestandteile menschlicher Existenz. Nicht vom Leiden, sondern durch

sein Leiden hat uns Christus erlöst! Doch bedeutet das nicht, dass wir sorglos die Armen in ihrer Armut belassen dürften, Ungerechtigkeit und Ausbeutung dulden dürften, Schmerzen und Leid nicht heilen oder wenigstens lindern müssten.

Kein Mensch darf allein gelassen werden. Krankenfürsorge, Armenfürsorge oder Bildung und Erziehung waren kirchliche Aufgaben – lange bevor sich der Staat ihrer annahm. Seit jeher versucht die Kirche, mit ihrer Tätigkeit auf die Nöte der Welt und der Menschen einzugehen. Dennoch war die Enzyklika „Rerum novarum“ von Leo XIII. 1891 ein neuer und zukunftsweisender Ansatz. Sie stellte – angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche der Industriellen Revolution und des aus ihr hervorgegangenen Massenelends – ausdrücklich die Frage nach der dem Menschen angemessenen Gestaltung der sozialen Lebenswelt. Sie war das Grunddokument der in zahlreichen Enzykliken fortgeschriebenen Katholischen Soziallehre.

Eine perfekte Gesellschaft verheißt sie nicht. Sie bleibt sich der Grenzen menschlichen Handelns und Planens bewusst. Ein Kriterium ist nach einem Augustinus-Wort: Diese Welt, auch nicht die politische, soll der Mensch nicht „anbeten“, sondern „pflügen“. Ein pragmatisches und realistisches Element prägt ihre Herangehensweise, nicht zuletzt weil sie sich auf die „Vernunftsnatur“ des Menschen beruft. „Opium für's Volk“ sind in Wahrheit die gleichzeitig entstandenen, wirklichkeitsblinden Gesellschaftsutopien und irdischen Heilslehren wie der Marxismus. Der katholischen Soziallehre geht es darum, erkennbar zu machen, worin ein den einzelnen und die Gesellschaft verbindendes Gemeinwohl liegt, das zu verwirklichen uns sittlich aufgetragen ist und das zu jeder Zeit neu zu bestimmen ist.

Weder unumstößliche Doktrinen, noch konkrete Handlungsanweisungen für Politiker hält sie bereit. Sondern sie leitet aus dem christlichen Wert- und Sinnhorizont sozial-ethische Grundprinzipien ab, die helfen sollen, eine Gesellschaft zu formen, in der der Mensch seiner menschlichen Natur und ewigen Berufung entsprechend und – so weit

POLEN

BERNHARD VOGEL

März 2006

www.kas.de/polen

www.kas.de

wie es möglich ist – ohne Leid und Nöte leben kann.

In der Überzeugung, dass es vorgegebene Werte gibt, unterscheidet sie sich von einem wertneutralen Liberalismus – ebenso wie vom Marxismus, der die Gesellschaft vergöttert, den Menschen zum Instrument eines gesellschaftlichen Organismus degradiert und nicht den Gott verpflichteten Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die individuelle Freiheit ist Gott gegeben und Gott gebunden, sie ist Ausdruck menschlicher Würde und wird nicht vom Staat verliehen. Der Mensch kommt vor dem Staat, nicht der Staat vor dem Menschen.

Der zentrale Unterschied zwischen der katholischen Soziallehre und der Ideologie des Sozialismus liegt folglich darin, dass es ihr niemals um Gleichmacherei geht, sondern immer zugleich um verantwortete Freiheit, Gerechtigkeit und um Solidarität und Subsidiarität geht.

Der Freiheit kommt zentrale Bedeutung zu, doch ist sie kein absoluter Wert. Sie erwächst aus der menschlichen Würde und findet folgerichtig dort ihre Grenze, wo sie die Würde des anderen Menschen bedroht, wo die Rechte der anderen beginnen.

Die christliche Soziallehre lehnt einen zügellosen Kapitalismus ab, und sie bekämpft den Sozialismus. Sie wählt einen dritten Weg: Sie hält einen gerechten Ausgleich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für möglich und notwendig. Nicht die klassenkämpferisch geballte Faust, die ausgestreckte Hand ist ihr Symbol!

Die Soziallehre Leos XIII. fand weithin Beachtung. Ihre Wirkung reicht bis zum heutigen Tag. Mitglieder von katholischen Sozialverbänden und Initiativen wenden sich aktiv gegen soziale Not und geistige wie materielle Armut. Sozialethiker im Bildungs- und Hochschulbereich, aber auch Angehörige des Episkopats – Erzbischof Nossol ist dafür ein herausragendes Beispiel – beteiligen sich intensiv am Prozess der sozialetischen Urteilsbildung und Handlungsorientierung. Sie führten zur Gründung christlicher Bewegungen und Parteien.

Die Prinzipien der christlichen Soziallehre sind in der pluralistischen Gesellschaft von heute ein allgemein zur Verfügung stehendes Gut. Keine Partei oder politische Richtung darf sie exklusiv für sich beanspruchen. Dennoch kann es keinen Zweifel daran geben, dass die christliche Demokratie in Europa sich den Prinzipien der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik in besonderer Weise verpflichtet fühlt und ihre Leitideen und ihre programmatische Ausrichtung daraus erwachsen sind.

Wo liegt heute die besondere zukunfts-gestaltende und zugleich menschenwürdige Kraft der christlichen Demokratie? Was unterscheidet sie von anderen Bewegungen und welche Rolle spielt für sie die christliche Soziallehre? Warum hat sie es in Deutschland so erfolgreich vermocht, nach dem Krieg den Wiederaufbau im Westen unseres Landes zu gestalten, die Kriegsfolgelasten zu bewältigen? Warum war sie es, an der sich die grundlegenden innen- und außenpolitischen Entscheidungen orientierten?

Eine entscheidende Voraussetzung waren ihre anthropologischen und programmatischen Leitideen, mit denen sie zu einer der erfolgreichsten politischen Richtungen in der europäischen Nachkriegsgeschichte geworden ist. Die christliche Demokratie verfügt – im Gegensatz zu anderen Parteien – nicht über ein geschlossenes ideologisches Modell von Gesellschaft und Politik.

Christliche Soziallehre ist ein System offener Sätze. Sie beruht auf wenigen zentralen Leitideen und Wertvorstellungen: Auf der grundsätzlichen Ablehnung totalitärer Ideologien, auf der Abkehr von jeder Form von rigidem Zentralismus und Nationalismus, vor allem aber auf dem christlichen Menschenbild mit seiner Überzeugung von der unantastbaren Würde und den unveräußerlichen Rechten des Menschen als Person.

Politik aus christlicher Verantwortung zu betreiben, das verpflichtet auch zu selbstkritischer Bescheidenheit: Die CDU hat das „C“, das Christliche in ihrem Namen, immer als Verpflichtung und nie als Anspruch verstanden.

Die klare Orientierung am christlichen Menschenbild bedeutet die Einsicht, dass der Mensch nie nur rein funktional betrachtet werden kann. Sein Wert wächst nicht proportional zu seinem Anteil am Bruttosozialprodukt, sondern seine Würde ist begründet in seiner Person. Der einzelne Mensch ist wertvoll. Alle Menschen sind vor dem Schöpfer gleich, es gibt keinen Unterschied von Geschlecht, Rasse oder Klasse und das menschliche Leben bedarf in jeder Phase seiner Existenz des umfassenden ethischen und rechtlichen Schutzes. Dieses Menschenbild ermöglicht – und darin liegt die besonders enge Verbindung von christlicher Demokratie und christlicher Soziallehre begründet – bei höchst unterschiedlichen Anforderungen im gesellschaftlichen Handeln grundsatzorientiert, aber zugleich flexibel reagieren zu können.

Christliche Demokraten können sehr wohl konservativ sein, wenn es darum geht, bewährte Grundsätze, Güter oder Institutionen zu erhalten; sie können aber auch progressiv sein, wenn die Umstände neue Wege verlangen. Gerade vor dem Hintergrund solcher Herausforderungen, vor denen Länder und Regionen stehen, die erhebliche Transformationen von Wirtschaft und Politik zu bestehen haben – wie beispielsweise Polen, wie auch die neuen Länder in Deutschland, ist diese besondere Fähigkeit von herausragender Bedeutung.

Christlich-demokratische Volksparteien, die in diesem Sinne verschiedene Interessen und Ansichten integrieren und zum Ausdruck bringen können, sind es, die bei einer Vielzahl von Aufgaben, die in einer Situation „neuer Unübersichtlichkeit“, den Mut und die Kraft zu Veränderungen vielleicht besser und konsequenter aufbringen als andere. Die Tatsache, dass in der Bundesrepublik die Mehrheit der grundsätzlichen Entscheidungen seit dem Krieg von Politikern der Union getroffen worden sind, ist dafür ein sprechendes Beispiel.

Worum geht es heute? Wo braucht die Politik die Unterstützung und Anregung der Katholischen Soziallehre?

Ich halte in Deutschland und Europa eine grundsätzliche Wertedebatte für notwendig. Werte sind nicht unmodern geworden, aber die Prioritäten haben sich verändert. Selbstbestimmung, Selbsterfahrung, Selbstfindung, Selbstverwirklichung haben an Bedeutung gewonnen. Selbstverantwortung, Selbstbindung, Selbstbeteiligung, Selbstständigkeit sind zurückgefallen. Bindungsverluste sind festzustellen. Wir müssen fragen: Was sind die gemeinsamen Grundlagen und Grundüberzeugungen des Gemeinwesens und wie machen wir sie unter den neuen Bedingungen zukunftsfähig? Was verbindet die Menschen im wiedervereinigten Deutschland und in Europa? Wie festigen wir die Fundamente unseres Zusammenlebens und wie geben wir sie weiter? Was setzen wir der einseitigen Individualisierung entgegen? Wie überwinden wir Selbstgenügsamkeit und Privatismus? Wie können wir Gemeinsinn stiften?

Wir müssen uns darüber verständigen, was uns prägt und was unsere europäische Kultur ausmacht. Es drängt die Frage, was wir im Dialog der Kulturen und Religionen für unverzichtbar halten und nicht geschmälert werden darf. Wo liegen die Grenzen von Offenheit und Toleranz?

Es fehlt an sinnstiftenden Perspektiven. Die heutige Generation in Europa, die die Mitte des 21. Jahrhunderts erleben wird, muss ihre Vision von der Zukunft formulieren und Zukunftsvorhaben entwickeln, die außerhalb des Alltäglichen liegen, die erreichbar sind und doch die Phantasie beflügeln, die Kräfte wecken und zusammenführen. Eine Wertedebatte zu führen, heißt auch zu fragen, welche Entfaltungsmöglichkeiten wir unseren Kindern und Enkeln in Deutschland und im Europa der Zukunft bieten wollen, was wir tun können, damit eine globalisierte Welt eine humane Welt wird – ohne Hunger und mit Frieden.

Über die Aktualität des christlichen Menschenbilds muss gesprochen werden. Über unseren Freiheitsbegriff ist zu reden. Er hat an Strahlkraft verloren. Vor dem Hintergrund einer immer komplexeren, sich immer schneller verändernden Welt wird die Freiheit oftmals nicht mehr als Vorrecht und

Ausdruck menschlicher Würde sondern als Belastung empfunden. Mancher, der nach den gesellschaftlichen Umbrüchen von Arbeitslosigkeit betroffen ist, erlebt Freiheit als Verlust der Daseinssicherung und des persönlichen Selbstwertgefühls.

Die Katholische Soziallehre drängt auf eine kritische Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Sozialismus. Aber Vorsicht mit Verallgemeinerungen, Vorsicht mit einem konstruierten Gegensatz von Markt und Menschlichkeit. Wer Markt sagt, ist nicht automatisch Kapitalist. Wer Menschlichkeit sagt, hat nicht von vornherein etwas gegen den Markt.

Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Verantwortung müssen eine zentrale Rolle spielen. Aber ich warne vor einer Neuauflage überholter Systemdebatten. Wir müssen an der Einsicht festhalten und für sie werben, dass zur Freiheit auch wirtschaftliche Freiheit gehört und dass wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerb innerhalb der ihnen gesetzten Grenzen die Grundlage des allgemeinen Wohlergehens sind.

Freilich ist eine einseitige, kurzfristige Ausrichtung auf den Shareholder-Value schädlich. Ebenso schädlich für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber. Unternehmen müssen ihre Interessen entschlossen wahrnehmen können und entschlossen wahrnehmen dürfen, aber es ist von grundlegender Bedeutung, dass sie sie nicht auf Kosten sozialer, ökologischer, menschlicher Bedürfnisse durchsetzen.

Die Globalisierung birgt Risiken aber auch große Chancen. Sie ist vor allem keine Entschuldigung für Handlungsunfähigkeit und Einfallslosigkeit.

In diesem Sinne müssen wir eine Debatte über Freiheit und Solidarität führen. Es ist nicht verwerflich, den Sozialstaat umzubauen, sondern es ist sach- und menschengerecht. Wir müssen der Freiheit Raum geben – Wachstum braucht Freiheit! Aber ebenso entschieden müssen wir die Grenzen der Freiheit definieren.

Statt in angstvoller Negation künftiger Entwicklungen zu leben, sollten wir unser Selbstvertrauen und damit auch die Neugier auf die Zukunft zurückgewinnen. Zukunft ist immer ein Wagnis. Zukunft ist immer Hoffnung.

Es ist ein selbstbewusster Mensch, den wir vor Augen haben. Arbeit und Erwerb gehören dazu. Nur wer Arbeit und Einkommen hat, kann sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, kann eine Familie gründen und ernähren, kann seine eigenen Risiken absichern und einen solidarischen Beitrag zur Absicherung der Risiken seiner Mitbürger leisten. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Seine ordnungspolitische Aufgabe erfüllt er dann, wenn er jedem ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht. Und wenn er denen, die beim besten Willen nicht für sich sorgen können, dennoch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Familien sind ein Exempel für Freiheit. Sie geben Lebensglück, Geborgenheit, Zuversicht. In ihnen werden die Werte vorgelebt, vermittelt und eingeübt, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist. Sie sind Bastionen gegen eine einseitige Individualisierung, das Ineinander von Freiheit und Bindung, die freie Selbstbindung als Grundlage gelebter Werte.

Nun wird in Deutschland allenthalben über Familienpolitik geredet. Am Anfang muss die Erkenntnis stehen: Familie kann nur dann ein Exempel für Freiheit sein, wenn den Eltern zuvörderst das Recht zukommt, ihre Kinder zu erziehen. Wir sollten nicht – wie in manchen Staaten – meinen, die Eltern könnten es nicht und also muss man die Kinder woanders hinschicken, wo es andere besser können. Nein, Eltern können erziehen, jedenfalls in aller Regel und in den meisten Fällen sehr gut!

Es geht darum, mehr finanzielle Gerechtigkeit für Familien herzustellen, den Schuldenabbau voranzutreiben, damit wir nicht noch mehr als ohnehin schon auf Kosten der nach uns kommenden Generation leben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu

ermöglichen, die Erziehungskraft der Eltern ist zu stärken. Aber es glaube bitte niemand, dass die Eltern Kinder bekommen, weil es sich finanziell lohnt. Wenn man nur die finanzielle Lage von Familien verbessert und nicht das gesellschaftliche Klima für Familien und Kinder, wenn man jungen Menschen nicht die Bereitschaft vermittelt, auf die Zukunft zu setzen, dann kann man das Kindergeld verfünffachen, die demographische Entwicklung wird sich trotzdem nicht ändern.

Der deutsche Sozialethiker Karl Forster hat schon Ende der 60er Jahre darauf hingewiesen, dass sich eine Kluft auftut zwischen dem Wertesystem, das die Kirchen verkünden und dem Wertesystem, das in der Gesellschaft praktiziert wird. Wir stellen es in Polen wie in Deutschland – freilich in unterschiedlichen Ausmaßen – fest: Die Bereitschaft, auf Gottes Wort zu hören, hat abgenommen.

Die Vertrautheit mit dem Evangelium und der heiligen Schrift ist zurückgegangen: Glaube und Kirche haben in der öffentlichen Meinung, aber auch bei vielen Christen an Bedeutung für die persönliche Lebensgestaltung eingebüßt. Und doch stellen wir in Deutschland wie in Polen fest, dass im krassen Gegensatz dazu das Interesse an der Sozialverkündigung der Kirche und an der christlichen Soziallehre gestiegen ist. Viele Menschen, die den Kirchen nicht nah stehen, erwarten dennoch von ihnen, dass sie zur Lösung der großen sozialen Aufgaben und Fragen, vor denen wir auf nationaler wie internationaler Ebene stehen, beitragen können.

Umso schmerzlicher ist es, dass die christliche Soziallehre – trotz dieser augenscheinlichen Attraktivität – im aktuellen Diskurs zu wenig wahrgenommen und ihre Aktualität zu wenig berücksichtigt wird. Und dies in einer Zeit, in der klare Positionsbestimmungen (wie sie einmal von den herausragenden Vertretern der christlichen Soziallehre, von Menschen wie Hermann Ehlers, Gustav Gundlach, Oswald von Nell-Breuning, Hermann Josef Wallraff und anderen vorgenommen wurden) notwendiger denn je wären.

Zwar hat sich in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Lehrstühle an den deutschen Universitäten und Hochschulen erfreulich vermehrt, aber ihre Zuordnung zu den Fakultäten variiert und lässt kein einheitliches Bild erkennen. Erst recht ist die grundsätzliche Übereinstimmung in den wichtigsten Grundsatzfragen nur schwer zu erkennen.

Weil diese Tatsache so bedrückend ist, hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem in Deutschland bislang einmaligen Experiment entschieden und herausragende Vertreter der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik unter ihrem Dach versammelt.

Mit diesem Kreis erarbeitet die Stiftung gegenwärtig ein gemeinsames Positionspapier zur Relevanz der christlichen Soziallehre, das im Sommer dieses Jahres veröffentlicht werden soll. Auch das sich einigende Europa muss sich seiner Grundlagen und seiner Ziele bewusst werden. Auf die Grundlagen Europas sollte man nicht so allgemein und so nebulös eingehen, wie es im jetzt auf Eis liegenden Vertragstext geschieht, sondern man sollte sich explizit zu diesen Grundwerten bekennen. Ich hätte mir gewünscht, dass in der Präambel dieses Verfassungsvertrages ein Bezug auf Gott gestanden hätte, so wie er ganz selbstverständlich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht und wie er in einer vielleicht sogar noch besseren Formulierung in der polnischen Verfassung zu finden ist.

An Frankreich und Belgien ist dieser Vorschlag bekanntlich gescheitert. Das kann man nicht bejammern, sondern muss es respektieren. Nur, wenn ich recht sehe, gerät der hundertjährige französische Laizismus in Bewegung. Frankreich macht inzwischen die Erfahrung, dass es ein christlicher Laizismus war, der in gegenseitigem Respekt erfolgte. Man sollte uns erlauben, weiter darauf zu drängen, dass es eine Verankerung des Gottesbezugs in einem europäischen Verfassungstext, in einer europäischen Grundordnung geben darf.

Wir müssen klären, wie es mit der europäischen Verfassung weitergehen soll. Dreizehn Vertragsstaaten, darunter zwei in

POLEN

BERNHARD VOGEL

März 2006

www.kas.de/polen

www.kas.de

Volksabstimmungen, haben dem Verfassungsvertrag zugestimmt, zwei haben ihn abgelehnt. Ich kenne die skeptische Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Vertragsentwurf, aber Präsident Kaczynski hat in Berlin die Bereitschaft Polens signalisiert, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Ich stelle dazu die Frage: Braucht man tatsächlich den überlangen, schwer verständlichen und komplizierten dritten Teil des Verfassungstextes, oder kommt man nicht auch mit den beiden ersten Teilen aus? Kann man den Franzosen und Niederländern zumuten, noch einmal abzustimmen? Bei allen notwendigen, auch kontroversen Diskussionen über die Zukunft eines europäischen Verfassungsvertrags dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren: Dass wir in unseren Anstrengungen für ein gemeinsames Haus Europa nicht nachlassen dürfen. Die europäische Mission ist nicht erfüllt. Und wir haben ein starkes Fundament für eine gemeinsame Zukunft: Dass es uns, Dank des Freiheitswillens der Menschen in Ungarn und Polen, in den neuen Ländern Deutschlands, in Tschechien und in der Slowakei und in den baltischen Staaten gelungen ist, aus der Konfrontation der beiden Systeme, aus der ständigen Bedrohung des Kalten Krieges in ein friedliches und freies Miteinander in Europa zu kommen, gibt uns Mut und Zuversicht für die weiteren Herausforderungen vor die unser Kontinent gestellt ist.

Jeder der die Geschichte kennt, weiß, dass die Kirchen daran einen erheblichen Anteil hatten. Der Sieg von Freiheit und Menschenwürde über Unfreiheit und Diktatur, der Sieg von Demokratie über Totalitarismus war auch ein Sieg der Enzyklika „*Rerum Novarum*“ über das „Kommunistische Manifest“, ein Sieg von Papst Leo XIII. über Karl Marx. Ein Sieg Wojtylas über Breschniew, ein Sieg einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung über die sozialistische Kommandowirtschaft.

Es bleibt uns, mehr als 25 Jahre nach den Ereignissen in Danzig und 16 Jahre nach der Deutschen Einheit die Aufgabe, mit der Kraft einer an christlichen Grundsätzen orientierten Politik diesen Sieg weiter in das

21. Jahrhundert zu tragen. Die Voraussetzung dafür ist, dass es uns gelingt, den Menschen als soziales, selbstverantwortetes Wesen ernst zu nehmen und ihn – so wie es Oswald von Nell-Breunig formuliert hat – als Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Handelns in den Mittelpunkt zu stellen. Eine Herausforderung, die sich an Deutsche und Polen, die sich an alle Europäer richtet. Dass wir uns dabei an dem Beispiel des großen polnischen Papstes, des großen Europäers Johannes Paul II. orientieren können, gibt uns Kraft und Selbstvertrauen.